



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/265 - 19. November 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 81831 - 33

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Fritz Steinhoff 60 Jahre	S. 1
Korruptionsskandal erschüttert Österreich	S. 3
Die Krise in Kieler BKE	S. 4
Eine Frage an den Verteidigungsminister	S. 6

Ministerpräsident Fritz Steinhoff

Zur Vollendung seines 60. Lebensjahres am 23. November

Von Alfred Lobbert, Vizepräsident des
Landtages Nordrhein-Westfalen

Das heisst schon etwas, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen zu sein! Denn dieses bedeutendste und steuerkräftigste Land des Bundes hat 15 Millionen Einwohner; es ist die grösste industrielle Basis der Bundesrepublik, in der Kohle, Eisen, Stahl und Grosschemie besondere Kraftströme bilden, die unsern Bund und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl befruchten, dessen Export fast 40 % der Gesamtexport Westdeutschlands beträgt. Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen ist seit 1956 der Sozialdemokrat Fritz Steinhoff, der am 23. November sein 60. Lebensjahr vollendet.

Wenn einer ein Sohn des Volkes ist, dann er. Geboren in der Nähe Dortmunds, ist er richtiger Westfale, der seinen Dialekt heute noch nicht verleugnen kann, "platt küert", wenn's sein muss, der Volksschüler, Landarbeiter, Kumpel im Bergbau und sogar bei der "christlichen Seefahrt" war und sich aus eigener Kraft geistig emporgearbeitet hat. Die sozialistische Jugendbewegung, gewerkschaftliche Tätigkeit, politische Leidenschaft haben den Mann geformt. Wissensdrang führte den jungen Steinhoff zum Volkshochschulheim Dreissigacker in Thüringen, zur Akademie der Arbeit nach Frankfurt am Main (wo Erik Nölting lehrte, sein späterer Ministerkollege) und zur Hochschule für Politik

sack Berlin. Solchen "proletarischen Intellektuellen", wie man vor Jahrzehnten zu sagen pflegte, benötigte man natürlich bald hauptsächlich in der SPD und so wurde Fritz Steinhoff 1928 Parteisekretär in Hagen.

Hagen-Schweini! Der Name dieses alten Reichstagswahlkreises weckt viele Erinnerungen. Jahrzehntlang war er die Hochburg des alten Freisinn unter Führung Eugen Richters, des parlamentarischen Führers der bürgerlich-radikalen Linken. Erst im Januar 1912 eroberte der Sozialdemokrat Max König diesen Kreis in der Stichwahl. In Hagen-Schweini war und ist der deutsche Liberalismus traditionell verwurzelt. Darum entwickelte sich wohl auch geistesgeschichtlich bedingt nach 1945 die Zusammenarbeit des Stadtverordneten und Oberbürgermeisters Fritz Steinhoff mit Willi Weyer, dem Hagener Bürgermeister und Finanzminister der jetzigen Regierung.

Doch noch einmal den Blick zurückgewendet. Fritz Steinhoff ging in der Hitlerzeit den Leidensweg der Gaerstandsbeziehung. Zuchthaus und Konzentrationslager zerbrachen ihn aber nicht. Im letzten Augenblick, ganz kurz vor der physischen Vernichtung durch Hunger und Krankheit, befreiten die Amerikaner ihn und seine Kameraden. Steinhoffs und seines Freundes Fritz Hensslers Schicksal war gleich. Merkt man Hensslers und Steinhoffs Namen, so ründen sie von segensreichem kommunalpolitischen Wirken, von der besonderen Liebe beider Männer zur Betätigung in der gemeindlichen Selbstverwaltung, von den politisch-organisatorischen Energien dieser zwei "wesentlichen" Westfalen als Vorsitzenden des stärksten nordrhein-westfälischen Parteibezirks, die dadurch die ersten Repräsentanten der vier Parteibezirke des Landes wurden.

So ergab sich ganz von selbst, dass im Februar 1956 Sozialdemokraten und Freie Demokraten in Düsseldorf Fritz Steinhoff auf den Schild hoben, um die neue Regierung zu bilden, die in Bund und Land den Konsequenzen einer starren Einseitigkeit der CDU-Politik nicht zuletzt in kulturpolitischer Hinsicht Einhalt gebieten sollte. Darum wurde die Regierungserklärung Fritz Steinhoffs ein Manifest der Toleranz, der Notwendigkeit wissenschaftlichen Fortschrittes und sozialer Verantwortung. Mit Mäßigung und ruhiger Besonnenheit arbeitet die Regierung Steinhoff. Der für die Politik maßgebende Ministerpräsident ist ein Mann der Praxis, der als Kommunalpolitiker, als Landtagsabgeordneter und seinerzeitiger Wiederaufbauminister weiß, wie man Probleme richtig anzupacken hat. In der Wirtschaftspolitik kennt sich Steinhoff auch aus; ist er doch Vorsitzender in wichtigen Gremien öffentlicher und privater Unternehmungen. Dass Steinhoff auch Mitglied des Hauptvorstandes der SPD ist, sei der Vollständigkeit wegen vermerkt.

Man wird mit Recht Fritz Steinhoff am 23. November ehren. Er hat wie jeder andere auch politische Gegner - doch kaum Feinde. Männer in der Politik, im wissenschaftlichen und kirchlichen Leben schätzen sein besonderes Wirken. Seine alten Freunde, seine vielen Genossen und Kollegen aber, die ihn seit Jahrzehnten kennen, werden ihm mit freudigem Stolz zum Geburtstag gratulieren; denn Fritz Steinhoff ist ja einer aus ihnen Keinen, der wieder einmal bewiesen hat, dass des Volkes ärmster Sohn auch sein getreuester ist.

19. November 1957

P/XII/265

ÖVP im Arne-Sünder-Eckerl

Aus Wien wird uns geschrieben:

In Österreich kriselt's schon wieder einmal. In Österreich kriselt es öfter. Die Koalition zwischen ÖVP und SPÖ ist wegen der Polarität gewissermassen fast "regulären" Belastungsproben ausgesetzt. Und deshalb auch wird es wohl diesmal nicht gerade zum Letzten kommen. Regierungskrise jedenfalls oder gar Bruch in der Koalition scheinen nicht zu befürchten zu sein. Bis jetzt nicht.

Trotzdem: der Krach ist ernst. Die ÖVP spricht von "Erpressermethoden der SPÖ", die SPÖ sieht eine "Diktatur der ÖVP". Der Grund? Diesmal ist's die Erhöhung der Rundfunkgebühren. Die ÖVP ist dafür, die SPÖ dagegen. Vielmehr will sie erst dann ihr Ja-Wort geben, wenn auch die ÖVP die Tarifierhöhung genehmigt, die, wie die SPÖ meint, der Verkehrsmittelsektor nötig hat. Das ist halt "Proporz"-Politik. Das ist aber ausserdem gar nicht so wichtig. "Geacht" hat den Koalitionsbruch erst ein anderes Ereignis, ein wirklich beschämender Korruptionsandal, "der grösste seit Ende des Krieges", der bei der ÖVP zu Buche schlägt. Der Chef der Wiener ÖVP und sein Finanzreferent sitzen schwer in der Patsche. "Allianz anständigen Menschen", schreiben die Zeitungen, "anz gleichgültig, wohin sie politisch gehören, muss die Schamröte ins Gesicht steigen. Ein grenzenloser Skandal."

Der Skandal selbst? Es gibt da eine Firma in Wien, die Firma "Transfines", Import-Export. Und es gibt da die Landesleitung der ÖVP, den Nationalrat Polcar als Chef und seinen "Finanzminister". Und zwischen den beiden, der ÖVP und der "Transfines", besteht ein Zusammenhang. Oder vielmehr bestand. Jetzt ist die Geschichte geplatzt. Und herauskam, dass hier die ÖVP Geschäfte vermittelt und dafür entsprechende "Provisionen" genommen hat. Mehr noch, der Nationalrat Polcar, erfährt man, sei bereit gewesen, der Firma "Transfines" - "jenseits der Grenzen" Exportgeschäfte zu ermöglichen, in die Ostblockstaaten, ihr die Vertretung einer noch grösseren Firma zu sichern, und sie einzuschalten in die Ablöselieferungen Österreichs an Russland. Der Inhalt eines Briefes jedenfalls wurde bekannt, in dem es u.a. heisst: "Wir haben beim Verkauf der Motorräder und auch der anderen Gegenwaren entscheidend mitgewirkt, wir haben Ihnen bei Ihrem grossen Kompensationsgeschäft geholfen. Wir erfahren von grossen geschäftlichen Möglichkeiten und Kombinationen, von Inlands-, Export- und Importgeschäften,

19. November 1957

Kompensationen und Junktingeschäften, und wir sind bereit, dabei mit Ihnen zusammenzuarbeiten."

Und diese "Zusammenarbeit" eben ist es, die im Mittelpunkt steht bei der öffentlichen Erregung, sondern auch des Koalitionskraches steht. Die SPÖ jedenfalls zeigt sich in aussergewöhnlichem Masse verbittert. "Geschäfte vermitteln und Provisionen nehmen", fragt sie, "ist das eine Sache politischer Parteien?" Herr Bölar, der einflussreiche Kandidat der ÖVP, hat der "Transfines" noch sehr versprochen: er werde die Verkäufe von Betrieben aus der Masse des Deutschen Eigentums unterstützen. - Jetzt weiss man, was die ganzen wirtschaftlichen Bestimmungen des Staatsvertrages für die ÖVP, zumindest für die Wiener ÖVP, sind: eine grosseartige Gelegenheit zu Geschäftemachertum, eine ausserordentliche Chance, Provisionen einzustreichen. Sie bekommt allein von der "Transfines" garantiert jährlich mindestens eine halbe Million Schilling und, wenn die Geschäfte gut gehen, noch mehr.

Die ÖVP, einschliesslich der Bundesleitung, ist peinlich berührt. Sie hat ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet, "das den Fall überwälzen soll". Die Bundesleitung der ÖVP, erklärt sie, "ist an einer rationellen Klärung der Angelegenheit interessiert." Die Öffentlichkeit ist mehr noch daran interessiert, dass die Koalition nicht zusammenbricht. Doch dafür - trotz allem - sind bis jetzt nicht gar allzu viele Schritte zu sehen da.

* * *

Versorgungswünsche in Vordergrund

du, Kiel

Die zweitstärkste Regierungspartei, der Gesamtdeutsche Block, des Kieler Koalitionskabinetts aus CDU, BHE und FDP, wird nunmehr seit fast fünf Wochen von einer schweren Krise geschüttelt, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Ausserlicher Ausgangspunkt der Krise war die Abberufung von Sozialminister Asbach (BHE) durch Ministerpräsident von Gassel (CDU), eine Massnahme, die von allen Landespolitikern in Kiel begrüsst worden ist und auch die volle Billigung der neunköpfigen Landtagsfraktion des BHE fand.

Die eigentlichen Reibungen aber, die in den letzten Wochen eingetreten sind, gehen im Grunde von "personalpolitischen Versorgungswünschen" sowohl der Fraktion als auch des Landesvorstandes aus. Diese

Wünsche belasten die gesamte Kieler Koalition, aber auch die Einheit des Blocks im Lande seit Jahren. Die politisch-sachlichen Anliegen einer Vertriebenenpartei (wie vor allem die Eingliederung) sind dabei immer stärker in den Hintergrund getreten und die Koalitionspartner des Blocks, CDU und FDP haben darauf immer weniger Rücksicht zu nehmen brauchen.

Als der Block vor sieben Jahren in Schleswig-Holstein "zum Kampf gegen die Lizenzparteien" antrat, war sein erklärtes Ziel ein Landes-Kabinetts aus drei Ministern, eine Halbierung der Ministergehälter, eine grossartige Siedlung für heimatvertriebene Landwirte und eine Beseitigung der unwürdigen Vertriebenenlager, um nur einige zu nennen. Tatsächlich ist unter der Regierungsbeteiligung des Blocks dann in den letzten sieben Jahren eine erhebliche Vergrösserung des Kabinetts und eine Verdoppelung der Ministergehälter vorgenommen worden.

Dagegenüber hat das Siedeln in Schleswig-Holstein so gut wie aufgehört, obgleich noch Zehntausende als Siedlungsbewerber registriert sind. Es handelt sich da um heimatvertriebene Landwirte aus dem Osten. Noch heute leben in Schleswig-Holstein, zwölf Jahre nach Kriegsende, über 38 000 Heimatvertriebene in 282 Flüchtlingslagern. Für sie hat es immer noch keine Neubaubehaltung mit erträglichen Mieten gegeben.

Am Ende ist jetzt der Streit zwischen der Fraktion und dessen Vorsitzenden Dr. Kieckebusch und dem Landesvorstand unter den entlassenen Minister Asbach um die "Versorgung der Prominenten" dieser zerfallenden Partei im Norden übriggeblieben. Man streitet sich darum, ob Asbach Direktor der Landestreuhandstelle, oder besser Präsident eines Senats des Landessozialgerichts werden soll. Die Fraktion möchte den Landtagsvizepräsidenten von Herwarth den gut dotierten Posten eines Leiters des Landessiedlungsamtes anbieten; aber diese Position möchte Asbach für einen seiner Leute erhalten. Für dieses Tauziehen gibt es noch viele andere Beispiele.

So ist es kein Wunder, dass bei diesem Kampf um die Posten Ministerpräsident von Hassel (CDU) ein leichtes Spiel hat und die einst so gross proklamierten Forderungen des Blocks keine Aussicht mehr haben, verwirklicht zu werden.

Die gelben Spiegel

sp. Zu den wenigen Befugnissen, die der Bundespräsident auf militärischem Gebiet besitzt, gehört das Recht, die Bestimmungen über die Uniform der Soldaten zu erlassen und ihre Dienstbezeichnungen festzusetzen. Wenn jetzt bekannt wird, dass die Luftwaffe ohne vorherige Genehmigung durch den Bundespräsidenten von sich als gelbe Kragenspiegel eingeführt hat, so liegt darin ein Vorgang von prinzipieller Bedeutung, so geringfügig er Aussenstehenden erscheinen mag.

Niemand missegönnt den Soldaten der Luftwaffe einen adretten Aussehenzug, allein schon damit sie sich nicht allzu sehr von dem attraktiv uniformierten Personal ziviler Luftfahrtgesellschaften ausgestochen fühlen - ein Umstand, der - trete er ein -, sich sofort in einen Rückgang an Freiwilligenmeldungen auswirken würde. Jeder aber, der die Verhältnisse in der Bundeswehr kennt, weiss, dass in der Uniformfrage seit langem der Trend eindeutig in Richtung der militärischen Restauration geht.

Dem massiven Druck gewisser Offizierskreise und organisierter Soldatenbündler musste bereits der mehr zivile Zweireiher weichen, trotzdem sein eleganter Ullankaschnitt ihm durchaus eine gewisse unaufdringliche militärische Note gab.

Als Begründung wurde - trotz anderer diesbezüglicher Erfahrungen mit Zweireihern bei der Marine - seine angeblich unbequeme Tragweite vorgeschoben, während man sich in Wirklichkeit nach dem alten Wehrrechtsmodell sehnte und sich dabei nicht erinnern wollte, dass eine Uniform dieses Schnitts auch von dem Bewachungs- und Verbrennungspersonal der NS Vernichtungslager getragen wurde und sie daher insbesondere gegenüber dem Ausland eine nicht gerade besonders saubere Visitenkarte abgeben konnte.

Man einigte sich schliesslich auf einen Kompromiss und rückmodellierte die Uniform, so dass sie nunmehr der Dienstbekleidung der freiwilligen Feuerwehren in gewissen Kleinstädten verblüffend ähnelt, die unseres Wissens auch die einzigen sind, die die knalligen international gänzlich aus der Mode gekommenen Kragenspiegel sozusagen als militärische Atavismen glauben auch weiterhin tragen zu müssen. Auch sie sind bei der Bundeswehr wieder eingeführt und haben die für jedermann einprägsamen Waffensymbole ersetzt, die nicht wie die Waffenfarben

19. November 1957

mit der Last einer überholten Konvention belastet waren.

Hierbei ist die Vermutung wohl nicht von der Hand zu weisen, dass die Restauration dieser Kragenspiegel besonders von jenen begünstigt wurde, die es schon längst als unerträglich empfanden, bislang noch nicht durch äussere Kennzeichnung ihr reichlich abgestandenes Elitebewusstsein ^{erneut} unterstrichen zu sehen. Diesem "Mangel" ist nun durch Einführung besonderer Kragenspiegel für Generalstabsoffiziere ebenfalls abgeholfen, womit die Weichen auch hier - im Gegensatz zur Marine, die da nicht mittat - falsch gestellt wurden.

Im Grunde ist diese bedauerliche Entwicklung nichts weiter als ein ständiges Nachgeben der zivilen Gewalt gegenüber den geistigen Kräften der Militärreaktion. Aber der "neue" alte Stil ist nun einmal vom Herrn Bundespräsidenten sanktioniert worden und es steht uns nicht an, unser Staatsoberhaupt deswegen zu tadeln. Dies verbietet allein schon seine verfassungsrechtliche, über den Streit der Parteien stehende Position, die um der Demokratie willen von jedermann zu respektieren und zu stärken ist. Allerdings scheint bei der Luftwaffeneinführung diese Erkenntnis nicht vorhanden zu sein.

Sie hat durch die nicht autorisierte Einführung der Kragenspiegel vollendete Tatsachen geschaffen, in der offenkundigen Absicht, sich diese Massnahme nachträglich vom Bundespräsidenten sanktionieren zu lassen. Grober gesprochen: Sie hat den Bundespräsidenten unter Druck gesetzt.

Dadurch aber hat sie gezeigt, dass es ihr ganz einfach an dem schuldigen Respekt vor unserer Staatsspitze fehlt. Die höchsten Luftwaffenoffiziere stammen meist aus der Reichswehr. Die Offiziere dieser Truppe kennzeichnete der junge Kurt Schumacher auf dem Magdeburger Parteitag 1929 mit folgenden treffenden Worten: " Sie haben letzten Endes immer die reservatio mentalis, die Grundsätze ihres Handelns aus sich selbst und nicht aus der Demokratie und ihrer Verfassung zu schöpfen". Scheinbar sind Spuren dieser Denkweise bei den Spitzen der Luftwaffe bis zum heutigen Tage haften geblieben.

Eine Frage allerdings bleibt bei dieser ganzen Angelegenheit vorläufig noch im Raum: Hat der Bundesminister für Verteidigung von der Eigenmächtigkeit der Luftwaffe gewusst, aber geschwiegen und sie damit etwa stillschweigend gebilligt?

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel